

# Cuba kompakt

15. September 2017, Ausgabe 155, Jahrgang 13, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

## THEMA

### Aus Deutschland werden Desinformationen über Kuba finanziert

von Volker Hermsdorf

Übersetzung von Stephanie Remus

Die deutsche Bundesregierung finanziert seit drei Jahren aus dem Bundeshaushalt ein Projekt, was die kubanischen Medien beeinflussen soll. Wie der Staatssekretär Dr. Markus Ederer am 25. Juli 2017 offiziell bekannt gab (Drucksache 18/13202, Seite 4), hat das Auswärtige Amt seit 2015 insgesamt 60.000 Euro für einen Workshop der taz-Panther-Stiftung für junge kubanische Journalisten ausgegeben (1).

Der Staatssekretär antwortete auf eine Frage der Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel der Partei Die Linke, der Workshop habe die Intention „den Kultur- und Bildungsaustausch mit Kuba zu intensivieren“. Ederer, der von 2002 bis 2005 für den Bundesnachrichtendienst tätig war, hat heute die Funktion eines der Vize-minister des Auswärtigen Amtes. Er sagte allerdings nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit möchte die deutsche Regierung subtil die Entwicklung der kubanischen Medienlandschaft beeinflussen und sich in Kubas innere Angelegenheiten einmischen. Nur vier Monate vor der Bekanntgabe von Markus Ederer hatte die deutsche Regierung dies offen zu erkennen gegeben.

Im 20. Bericht der Bundesregierung Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vom 16. März 2017 (Drucksache 18/11550) ist auf Seite 14 im Absatz c) unter dem Titel „Vorpolitische Freiräume eröffnen: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in außenpolitisch komplexen Zusammenhängen“ zu lesen: „Durch Intensivierung der kulturellen Beziehungen leistet das Auswärtige Amt einen Beitrag zur progressiven Öffnung Kubas. Die wieder aufgenommenen Verhandlungen über den Abschluss eines Kulturabkommens wur-

den bei einem Besuch in Havanna im Herbst 2016 fortgesetzt. Die Schaffung einer gegenseitigen Vertrauensbasis ist dafür Grundvoraussetzung. Projektarbeit bereitet dafür den Boden: unterstützt wurden beispielsweise Ausstellungen kubanischer Künstler in Deutschland und die „Cuban-European Youth Academy“ des BalthasarNeumann-Ensembles. Ein von der taz-Panther-Stiftung organisierter und vom Auswärtigen Amt finanziertes Medienworkshop leistete einen Beitrag zur Öffnung des strikt reglementierten Informationssektors.“ Das wahre Ziel der deutschen Regierung den Workshop der taz-Panther-Stiftung zu finanzieren ist also folglich „die progressive Öffnung Kubas“ und vor allem „die Öffnung des strikt reglementierten Informationssektors“ der sozialistischen Insel (2). Um ihre Ziele zu verwirklichen benutzt die deutsche Regierung die taz und ihre Panther Stiftung.

Nach dem Workshop mit den kubanischen Journalisten veröffentlichte die taz am 4. August 2017 einige Artikel der Teilnehmer, die, der taz zufolge, alle für kubanische Medien arbeiteten. In der selben Ausgabe der taz wurde aber auch ein Artikel von Maykel González Vivero veröffentlicht, der sich als Korrespondent von „Diario de Cuba“ in Santa Clara vorstellte (3). Jeder weiß, dass „Diario de Cuba“ kein kubanisches Medium ist, sondern das Online-Portal „Diario de Cuba“ 2009 in Madrid von einer Gruppe Kontrarevolutionäre gegründet wurde und finanzielle Unterstützung der US-amerikanischen Stiftung „National Endowment for Democracy“ (NED) erhält. Der US-amerikanische Journalist Tracey Eaton schrieb am 27. September 2016 in seinem Blog „Along the Malecón“, dass „Diario de Cuba“ allein im Jahr 2015 283.869 Dollar von der NED erhalten habe (4).

Warum verschweigt die taz diese Information? Und warum verschweigt die taz, dass Maykel González Vivero auch schon mit „Martí Noticias“, einem Propagandamedium der US-Regierung gegen die Kubanische Revolution zusammengearbeitet hat (5)? Letztendlich hat die Deutsche Regierung so nicht nur Journalisten kubanischer Medien finanziert, sondern auch einen Mitarbeiter US-amerikanischer und spanischer Medien, die die Aufgabe haben, die Kubanische Revolution zu beseitigen.

(1) <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/132/1813202.pdf>

(2) <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/115/1811550.pdf>

(3) <https://www.taz.de/Archiv-Suche/15437297>

(4) <http://alongthemalecon.blogspot.de/2016/09/neds-cuba-projects.html>

(5) <https://www.martinoticias.com/a/143972.html>

Quelle: Cubainformación



Schäden durch „Irma“ auf Kuba

## AUSSENPOLITIK

### Erinnerung an Fidel am Sitz der UN

Die kubanische Assoziation der Vereinten Nationen (UNCA) schloss sich den Feierlichkeiten zum 91. Jahrestag der Geburt des Oberbefehlshabers Fidel Castro Ruz am Sonntag an. Rogelio Sierra Diaz, stellvertretender Außenminister und andere Honoratioren enthüllten ein Foto des Anführers der kubanischen Revolution, als er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Bewegung der Blockfreien Staaten (NAM) in der XXXIV. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen intervenierte, die am 12. Oktober 1979 in New York stattfand. Raul Roa Kouri, damals Botschafter der Insel bei der internationalen Organisation, erzählte den Anwesenden Anekdoten und Erfahrungen von diesem historischen Moment. Er sagte, der Rede, die mehr als vier Stunden dauerte, wohnten nicht nur Mitglieder der Delegationen und Journalisten bei, sondern auch verschiedenen Funktionäre. In Übereinstimmung mit Roa Kouri berichtete Fidel über das Ergebnis der Beratungen und die Positionen der Teilnehmer auf der 6. Gipfelkonferenz der NAM, die im September 1979 in Havanna stattfand, wo er vor den Auswirkungen des Klimawandels und der Unmöglichkeit über Frieden ohne wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen. Das Treffen wurde auch von Mitgliedern und Direktoren von UNHCR und Vertretern von Organisationen der kubanischen Zivilgesellschaft besucht. Der kubanische Assoziation der Vereinten Nationen wurde am 30. Mai 1947 in Anwesenheit angesehener Persönlichkeiten des Landes gegründet, darunter Juan Marinello, Vicen Antuña, Fernando Ortiz, Carlos Rafael Rodríguez, Flavio Bravo, Lázaro Peña, Blas Roca Calderio und Jorge Mañach

Quelle: ACN

**Kuba braucht unsere Hilfe – Hurrikan „Irma“ wütet auf Kuba – Spendenkampagne für Hurrikan-Hilfe!**

**Helfen Sie mit!**

**Spenden erbitten wir unter Angabe des Stichwortes „Hurrikanhilfe“**

**FG BRD-Kuba e.V., Bank für Sozialwirtschaft Köln,**

**Konto: 123 69 00, BLZ: 370 205 00,**

**IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00, BIC: BFSWDE33XXX**

**WIRTSCHAFT**

## Behörden erklären neue Maßnahmen bezüglich der nichtlandwirtschaftlichen Genossenschaften (nicht agrarische Kooperativen)

von Yaima Puig Meneses /

Übersetzung: Klaus E. Lehmann

Kuba setzt auf die Aktualisierung seines Wirtschaftsmodells, jedoch ohne Eilfertigkeiten, die die beste aller Entscheidungen zunichte machen können, und mit der Systematik und der ständigen Bewertung, die die praktische Umsetzung einer jeden der zu diesem Zweck entworfenen Maßnahmen erforderlich macht.



Die nicht agrarischen Kooperativen, eine weitere Alternative, um den Staat von der Verwaltung ökonomischer, produktiver und dienstleistungsfähiger Aktivitäten zu befreien, die nicht wesentlicher Art sind.

Foto: Archiv

„Wir werden weder zurückweichen noch uns aufhalten lassen und auch keine Stigmatisierungen und Vorurteile gegenüber dem nichtstaatlichen Sektor zulassen, wobei es jedoch unerlässlich ist, die Gesetze zu achten, das Erreichte zu festigen, die positiven Aspekte – die nicht wenige sind – zu generalisieren und uns den Ungesetzlichkeiten und anderen Abweichungen entschlossen zu widersetzen, die sich von der festgelegten Politik entfernen“, wie Armeegeneral Raúl Castro Ruz, Präsident des Staats- und Ministerrates in seiner Abschlussrede der 11. Ordentlichen Sitzungsperiode der Nationalversammlung der Poder Popular (Volksmacht) versicherte.

Yovana Vega Mato, Vizechefin der Permanenten Kommission für die Implementierung und Entwicklung des Bereiches der Vervollkommnung von Unternehmen gewährte der *Granma* ein Gespräch, um so unseren Lesern weitere Einzelheiten über die Aktualisierung der Politik hinsichtlich dieser Form der nicht staatlichen Geschäftsführung zu schildern, die bei der jüngsten Sitzung des Ministerrates verkündet wurde.

Die Funktionärin stellte klar, dass die nicht agrarischen Kooperativen in Mehrzahl positive Ergebnisse aufweisen und sich als Beschäftigungsquelle behaupten, wie sie unter anderem auch eine akzeptable Diversifizierung und Qualität erreichen.

Ebenso wurden, wie sie sagte, auch Beschränkungen und Unzulänglichkeiten in deren Entwicklung ausgemacht, wie Disziplinlosigkeiten; die ungebührliche Aneignung von Ressourcen und Einnahmen; Personen, die als gleichzeitige Teilhaber mehrerer Kooperativen fungieren; die Verwendung von Bankkrediten für andere Zwecke als für die sie vergeben wurden; sowie einige Tatbestände von Korruption.

„Es ist möglich gewesen nachzuweisen, dass eine der hauptsächlichen Abweichungen darin liegt, dass einige Kooperativen wie Privatbetriebe agiert haben, in denen der Präsident bei einer minimalen Anzahl von Genossenschaftsmitgliedern ganz so amtierte als ob er der Eigentümer sei, wobei sie ihre Tätigkeit im Wesentlichen dadurch ausübten, dass sie die Dienste von Arbeitern auf eigene Rechnung als Angestellte unter Vertrag nahmen, um dann die Gewinne nur unter den Genossenschaftsmitgliedern aufzuteilen. Außerdem wurden bei den Einkünften der Genossenschaftsmitglieder signifikante und ungerechtfertigte Unterschiede festgestellt. Nichts ist weiter entfernt von dem, was das Genossenschaftswesen eigentlich bedeutet“, wie Vega Mato feststellte.

Bei den Aktivitäten innerhalb der Gastronomie und im Bauwesen konzentriert sich der Großteil der Unzulänglichkeiten. Die gastronomischen Kooperativen zum Beispiel erreichen noch nicht die nötige Veränderung, für die sie eigentlich gebildet wurden, weder im Erscheinungsbild, noch in der Qualität, noch bei den Preisen; letztere sind in der Tendenz gestiegen und wirken sich in diesem Sinne negativ auf die Bevölkerung aus.

Bei den Kooperativen im Bauwesen hat sich andererseits ein erhöhtes Beschäftigungsaufkommen von Arbeitskräften gezeigt, die obwohl sie Werte schaffen, keine Vorteile aus der Verteilung der Gewinne erzielen.

Die Schwierigkeiten gehen jedoch über die interne Arbeit der Kooperativen selbst hinaus, wie der Mangel an Stringenz und Anspruch bei Ausführung, Kontrolle und Besteuerung seitens der betreffenden Organismen beweist.

„Gegenwärtig sind die Prioritäten darauf gerichtet, die während der Experimentierphase aufgetretenen Defizite zu beseitigen, die Anstrengungen auf die Festigung der praktischen Tätigkeit der

etwas mehr als 400 genehmigten Kooperativen zu konzentrieren, sowie ihre Kontrolle und Besteuerung als unerlässliche Voraussetzung für die spätere Entwicklung dieser Geschäftsform effizienter zu gestalten“, wie unsere Gesprächspartnerin versicherte.

„Es reicht nicht aus, nur die Geschäftsführung zu verändern, sondern auch das Denken der Menschen ist umzuwandeln. Teilhaber einer Kooperative zu sein geht über den Willen zu deren Schaffung hinaus, deshalb ist es von grundlegender Bedeutung, die Prinzipien des Genossenschaftswesens zu beherrschen und diese auch anzuwenden, damit die Projekte einen adäquaten Entwicklungsweg nehmen“, so ihre Einschätzung.

Unter Berücksichtigung des zuvor Ausgeführten wurde beschlossen, vor der Fortführung der Schaffung neuer Kooperativen – einschließlich der zur Zeit in der Genehmigungsphase befindlichen Projekte – eine Arbeit in Angriff zu nehmen, um ihre Funktionsweise im Sinne einer besseren Geschäftsführung zu vervollkommen. „Das ist auch nichts Neues, sondern bildet nur einen Teil der fortgesetzten Bewertungsarbeit des Experiments, die seit seiner Inangsetzung vorgenommen wird“, wie sie einschränkend bemerkte.

Als eine weitere Alternative zur Entlastung des Staates in Bezug auf die Verwaltung ökonomischer, produktiver und dienstleistungsfähiger Aktivitäten geschaffen, haben die nicht agrarischen Kooperativen insgesamt eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft gehabt. Inmitten von Erfolgen und Fehlscheidungen liegt das aktuelle Vorhaben darin, das Erreichte zu festigen und gleichzeitig die Gültigkeit dieser Art kooperativer Geschäftsführung zu bestätigen, die eng an die ethischen Prinzipien des Sozialismus angelehnt ist und in vollständiger Weise den Vorhaben, die in den Vorschlägen zur Aktualisierung des ökonomischen und sozialen kubanischen Projekts zum Ausdruck kommen, entspricht, in denen diese Erscheinungsform als Ergänzung für die Entwicklung unserer Wirtschaft Anerkennung findet.

Quelle: Cubadebate

**AUSSENPOLITIK**

## Das Außenministerium informiert über diplomatischen Zwischenfall in den USA

### Erklärung des Außenministers

Am 17. Februar dieses Jahres informierte die US-Botschaft den Außenminister über mutmaßliche Vorkommnisse, die einigen Funktionären der diplomatischen Einrichtung sowie deren Familienangehörigen betreffen.

Kuba nahm den Vorfall sehr ernst, agierte schnell und professionell und startete auf Weisung der höchsten Stellen der Regierung eine umfassende Untersuchung, um die Situation zu erhellen, wofür die US-Botschaft um Informationen gebeten und eine Kooperation der zuständigen Autoritäten beider Länder vorgeschlagen wurde. Die kubanischen Autoritäten gründeten ein interinstitutionelles Komitee aus Experten, um die Ereignisse zu analysieren. Sie verstärkten und erweiterten die Sicherheitsmaßnahmen für den Sitz der Botschaft und ihr Personal sowie deren Wohnsitze und installierten neue direkte Kommunikationskanäle zwischen der Botschaft und der für die diplomatische Sicherheit zuständigen Abteilung.

In diesem Zusammenhang informierte das State Department die kubanische Botschaft in Washington, dass zwei kubanische Diplomaten das Territorium der USA verlassen hätten, was einen Protest seitens des Außenministeriums über diese ungerechtfertigte Entscheidung auslöste. Der Außenminister bestätigte, dass Kuba seinen Verpflichtungen der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen von 1961 in Bezug auf die die Sicherheit und Integrität der Diplomaten in allen Belangen nachkomme.

Die einwandfreie Ausführung in diesem Bereich ist international anerkannt und Kuba ist allgemein bekannt als sicheres Ziel für Besucher und ausländische Diplomaten – US-amerikanische eingeschlossen. Das Ministerium betont, dass Kuba niemals erlaube, dass das Land für Aktionen gegen diplomatische Funktionäre und ihre Familienangehörige benutzt würde. Daher wiederholte es die Bereitschaft, mit der USA zur Aufklärung der Lage zu kooperieren.

9. August 2017